

## **Virtuelle Tagung der EU-Gesundheitsminister 4. September 2020**

### **Zusammenfassung**

#### **Vorbemerkungen**

Auf Initiative der Deutschen Ratspräsidentschaft trafen sich am 4. September 2020 die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der EU zu einer virtuellen Informellen Tagung unter dem Vorsitz von Jens Spahn, Bundesminister für Gesundheit. Auch die EU-Kommission, das ECDC und die EMA waren auf dem Treffen vertreten.

Die Präsidentschaft hatte dieses außerordentliche Treffen angesichts der aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie und die steigenden Fallzahlen in vielen europäischen Ländern einberufen, die deutlich machen, wie wichtig eine Fortführung der engen Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Anstrengungen der Mitgliedstaaten im Kampf gegen das Virus sind.

Vor diesem Hintergrund haben die Teilnehmenden am 4. September über die folgenden Themen beraten:

- 1. Ein abgestimmtes Vorgehen im Hinblick auf Quarantäne- und Testregelungen**
- 2. Die Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen sowie deren Finanzierung**

#### **Inhalte der Tagung**

Grundlage für die Verhandlungen war ein Diskussionspapier, das zwei Leitfragen enthielt und im Vorfeld an die Teilnehmenden übermittelt wurde. In Bezug auf Thema 1 bestand das Ziel der Tagung darin, sich grundsätzlich darüber zu verständigen, wie innerhalb der EU gemeinsame Quarantäne- und Testregelungen erreicht werden und wie diese aussehen könnten. Thema 2 betreffend wurde das Ziel verfolgt, durch eine Erhöhung des ESI-Budgets die Finanzierung der Aktivitäten der laufenden Impfstoff-Initiative sicherzustellen.

Mit Blick auf die beiden Tagesordnungspunkte stellte die Präsidentschaft einleitend klar, dass sich der Austausch auf die empfohlene Dauer der Quarantäne für Einreisende aus Gebieten mit höherem Risiko

sowie die Möglichkeit einer Verkürzung der Quarantänezeit durch die Durchführung von Tests konzentrieren sollten. In Bezug auf Thema 2 betonte die Präsidentschaft, wie dringlich es sei, eine Lösung zu finden, mittels derer die Finanzierungslücke bei den Vorauszahlungen für die notwendigen COVID-19-Impfstoffe geschlossen werden könne.

Auf Einladung der Präsidentschaft informierte der Co-Vorsitzende des Lenkungsausschusses der Impfstoff-Initiative, in welchem alle Mitgliedstaaten vertreten sind, die Teilnehmenden über die laufenden Verhandlungsverfahren sowie die ihnen zu Grunde liegenden Leitlinien und Prinzipien. Sowohl die Präsidentschaft als auch die Kommission betonten, die Verhandlungen seien für alle Mitgliedstaaten vollkommen transparent.

## **Ergebnisse der Tagung**

1. Bezüglich Thema 1 stimmte eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten darin überein, dass ein gemeinsames Vorgehen im Hinblick auf internationale Reisende aus Hochrisikogebieten auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse des ECDC sowie anderer Experten erforderlich sei. Einige Mitgliedstaaten führten an, es müsse einzelstaatliche Ausnahmen geben. Aus den verschiedenen Stellungnahmen wurde deutlich, dass hinsichtlich der Quarantäne- und Testregelungen eine verhältnismäßige Lösung gefunden werden muss. Außerdem brachten viele Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für die Idee eines gemeinsamen Rahmens zum Ausdruck, der Mindeststandards vorgibt, die an die rechtlichen und politischen Systeme der Mitgliedstaaten angepasst werden können und den Mitgliedstaaten genügend Spielraum zur Anpassung an besondere Gegebenheiten lassen.
2. Mit Blick auf die im Diskussionspapier vorgeschlagenen Quarantäne- und Testregelungen wurde deutlich, dass ein abgestimmtes Vorgehen hinsichtlich solcher Regelungen, auch unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit, unter den Mitgliedstaaten breite Unterstützung fand. Von den Mitgliedstaaten, die eine Mindestdauer unterstützten, sprach sich kein Mitgliedstaat für eine Quarantänezeit von unter zehn Tagen aus.
3. Was den zweiten Punkt der Tagesordnung betrifft, so hat ein beachtlicher Teil der Mitgliedstaaten bereits während der Tagung konkrete finanzielle Zusagen zur Erhöhung des ESI-Budgets gemacht. Viele Mitgliedstaaten brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, das ESI-Budget unter anderem in Abhängigkeit von regierungsinternen Verfahren zu erhöhen. Wie von einigen Mitgliedstaaten gefordert, wiesen die Kommission und der Co-Vorsitzende des Lenkungsausschusses der Impfstoff-Initiative erneut auf die ausgetauschten Informationen und den aktuellen Stand der Ausgaben aus dem ESI-Budget hin.
4. Die Präsidentschaft betonte, dass sich zumindest die Mitgliedstaaten, die Interesse an einem breit angelegten Portfolio von Impfstoffkandidaten haben, an einer notwendigen zusätzlichen Aufstockung des ESI-Budgets beteiligen müssten. Ferner betonte die Präsidentschaft, dass sie gemeinsam mit der Kommission ein Verfahren festlegen werde, um die Zustimmung dieser Mitgliedstaaten zu einer verbindlichen Aufstockung einzuholen. Auf der Grundlage des Austausches kündigte die Präsidentschaft an, die Kommission mittels eines entsprechenden offiziellen Schreibens zu ersuchen, die Ergebnisse der heutigen Informellen Tagung umzusetzen und die laufenden Verfahren hinsichtlich der verbleibenden Impfstoffkandidaten fortzuführen, um rasch zu Vertragsabschlüssen zu gelangen.